

Mit diesem Newsletter möchten wir aktuelle Informationen rund um das Thema Wirtschaftsdemokratie weitergeben. Er greift einzelne Themen auf und bietet die Möglichkeit, stärker über historische, regionale und internationale Beispiele aktuell zu berichten. Der nicht regelmäßig erscheinende Newsletter ist eine Ergänzung zu den bereits herausgegebenen Publikationen zum Thema.

## Wie Genossenschaften bei der Flüchtlingsfrage anpacken

**Beach Haven ain't my home!  
I just cain't pay this rent!  
My money's down the drain!  
And my soul is badly bent!  
Beach Haven looks like heaven  
Where no black ones come to roam!  
No, no, no! Old Man Trump!  
Old Beach Haven ain't my home!**



Legendärer U.S. Folk Singer Woody Guthrie über den Rassisten und ausbeuterischen Eigentümer seines herunter gekommenen New Yorker Apartments, Fred Trump, Vater von Donald Trump



**Ziel unserer Stiftung ist es, konstruktive, nachhaltige Aktivitäten im Kulturbereich zu fördern und Rahmenbedingungen zu schaffen, damit Schwierigkeiten bewältigt werden und Unterschiede bewusst wahrgenommen und überwunden werden können.**

Helen Patton, Gründerin der Saarbrücker Patton-Stiftung und Enkeltochter von General George S. Patton, dessen 3. US-Armee Anfang 1945 den Nazi-Terror im Saarland beendete

Wie werden eine große Anzahl von Flüchtlingen aus dem Nahen Osten und Nord Afrika dauerhaft mit den Deutschen zusammenleben? Wie können Flüchtlinge Zugang zum Arbeitsmarkt finden? Wie schafft man es, dass Flüchtlinge nicht langjährig von staatlichen Leistungen abhängen werden? Wie ermöglicht man Flüchtlingen ein selbstbestimmtes Leben, das von Respekt und Beteiligungsmöglichkeiten geprägt ist? Und wie geht Erfolg, also die Anstrengung, die Integration nicht vorrangig den sozial Schwächeren aufzubürden?

# INHALTSVERZEICHNIS:

1. Leitkultur und Integration
2. Solidarität
3. Genossenschaften als Problemlöser
4. Genossenschaften und Flüchtlinge bei uns
5. Pabst lobt Genossenschaften
6. Zukunftswerkstatt Saar. e.V.
7. J. Augstein: „Trump und Petry: Nackte Kanonen“
8. Generation Left
9. Bürgerjournalismus

Vorwort

## **Solidarität ist das Gebot der Stunde**

Solidarität ist ein Grundprinzip menschlichen Zusammenlebens. Sie ist in der Flüchtlingsfrage besonders gefordert. Denn Integration kann nur gelingen, wenn den Flüchtlingen solidarisch und nachhaltig geholfen wird. Dabei dürfen aber diejenigen nicht vergessen werden, die in unserer Gesellschaft sozial benachteiligt sind. Hilfe für Flüchtlinge muss mit einer Bekämpfung prekärer Arbeits- und Lebensbedingungen einhergehen und mit einer Offensive in der Sozialpolitik verbunden werden.

Solidarität ist auch der Grundgedanke von Genossenschaften. Dies verbindet sie auf elementare Weise mit der Flüchtlingsfrage. Genossenschaften sind entstanden als Einrichtungen der Selbsthilfe, um gemeinsam prekäre Lebenslagen zu meistern - sei dies im Bereich der Landwirtschaft oder auch der gewerblichen Tätigkeit, sei dies im Hinblick auf Versorgung mit Wohnungen oder Konsumgütern. Genossenschaften sind damit gerade auch ein wichtiges Element im Rahmen der Flüchtlingsfrage.

Solidarisches Miteinander ist das Gegenstück zu Ausgrenzung, Nationalismus und Rassismus und damit auch die richtige Antwort auf die rechtspopulistische Rattenfängerei. Solidarität ist daher das Gebot der Stunde.

**Prof. Dr. Heinz Bierbaum**

**Parlamentarischer Geschäftsführer der Linksfraktion im saarländischen Landtag und  
Vorsitzender der Internationalen Kommission der Partei DIE LINKE**

## 1. Leitkultur und Integration

Die Vorgänge am Kölner Hauptbahnhof in der Silvesternacht 2015/16 haben die Diskussion dazu intensiviert. „Nach massiven Übergriffen auf Frauen in der Silvesternacht an mehreren Orten Nordrhein-Westfalens geht die Polizei derzeit in vier Städten fast 1000 angezeigten Straftaten nach“ (Saarbrücker Zeitung, 21.1.2016). Identifizierte Tatverdächtige kamen u.a. aus Marokko und Algerien.

Führende Konservative fordern deshalb seit langem die Anpassung an die deutsche Leitkultur. Integrationsvereinbarungen, Hausordnung für Deutschland, und Merkzettel in der Erstaufnahmeeinrichtung sollen deutsche Werte und das Eintreten für die „freiheitlich-demokratische Grundordnung“ bei Flüchtlingen anmahnen (Klöckner und Kramp-Karrenbauer wollen „Hausordnung“ für Flüchtlinge, in: www.volksfreund.de, 30.9.2015). Wie die Monstranz an Fronleichnam wird die „freiheitlich-demokratische Grundordnung“ vor sich hergetragen. Das gab es schon einmal. In den frühen 1970er Jahren war der Radikalenerlass Antwort auf vermeintliche Zweifel am Bekenntnis zur plakativ eingeforderten Grundordnung.

Der U.S.-amerikanische farbige Sozialist und Theologe Cornel West hat sich zur politischen Kultur seines Landes Gedanken gemacht. Sie stoßen auch hier zu Lande auf positive Resonanz. Den Eliten attestiert er einen fast schon religiös-orthodoxen Nihilismus, der zusammenfassend lautet: „Wir wären nicht so bedeutend, wenn wir nicht Recht hätten“. Wer so denkt, ist sich selbst gewiss und neigt zum Fundamentalismus gegenüber abweichenden Meinungen. Ein berühmter Moment, der diese Militanz öffentlich machte, kam vor gut 30 Jahren. Die grüne Abgeordnete Waltraud Schoppe hielt eine bemerkenswerte Rede anlässlich einer Sexismus-Debatte im deutschen Bundestag. In Erinnerung bleibt vor allem die Atmosphäre von Männerbündelei, das Schenkelklopfen, der johlende und grölende Männermob bei der Union. Selbst heute noch wabert gelegentlich in ähnlich unappetitlicher Weise Männergegröle vom CDU-Tisch, und nur von dort, durch das gesamte Speiserestaurant des saarländischen Landtags. Die AfD lehnt Gleichstellung für sexuelle Minderheiten und Frauenförderung ab und ist für Elitebildung. Leitkultur, der man beitreten möchte, sieht anders aus.

Nicht für die Rechten. Hier meint Integration, dass alles beim alten bleibt: Jahrzehnte politischer Vorherrschaft in Bayern für die voraussehbare Zukunft fortschreiben ist für die CSU gelungene Integration. Die Fortsetzung der Schuldenbremse auf dem Rücken von Erzieher\*innen, Pfleger\*innen und Polizist\*innen, flankiert von einer Jahrzehnte alten konservativ-bleiern Medienlandschaft, ist für die CDU Saar traditionelle saarländische Kultur.

## 2. Solidarität

Lebendige Integration in einer freiheitlich-demokratische Grundordnung meint laut Cornel West Engagement dafür, dass Gefühle psychologischer Depression, persönlicher Wertlosigkeit und sozialer Verzweiflung nicht in wachsenden Zynismus, politische Apathie und kulturellen Eskapismus umschlagen – bei Flüchtlingen und sozial benachteiligten Schichten. Dazu braucht es eine Wirtschaft und Kultur, die den Neuankömmlingen und altansässigen sozial Benachteiligten nachhaltig hilft. Beides gilt: Solidarität mit den Schutz suchenden Kriegsflüchtlingen, aber auch Steuerung der Zuwanderung. Familienzusammenführung und gesellschaftliche Integration gelingt einem 80-Millionen-Volk nur, wenn nicht jedes Jahr über eine Million Menschen dazu kommen. Die neuen Herausforderungen brauchen eine Debatte über soziale Gerechtigkeit. Denn viele, denen es in unserer Gesellschaft schon lange schlechter geht, fragen mit wachsender Ungeduld zu Recht: Und was ist mit mir?

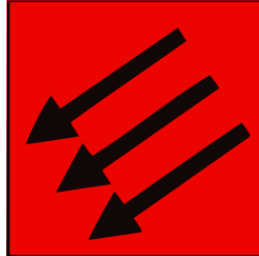
Der Politiker Oskar Lafontaine packt dieses Empfinden sozialer Ungerechtigkeit in die griffige Forderung: „Der Tisch für die Flüchtlinge muss von denen gedeckt werden, die im Reichtum schwelgen. [...] Nicht den Arbeitslosen, Geringverdienern, Leiharbeitern und den Älteren mit niedrigen Renten“. Auf Flugblättern der Partei DIE LINKE steht: 10 Euro Mindestlohn, Erhöhung des Hartz IV-Regelsatzes auf 500 Euro, Millionärssteuer einführen, den brachliegenden sozialen Wohnungsbau in Deutschland ankurbeln und Zuwanderung nicht als Möglichkeit der Aushebelung des Mindestlohns und der Lohndrückerei missbrauchen. Und Fluchtursachen bekämpfen: Einstellen der Waffenlieferungen in Spannungsgebiete, die zur Rechenschaft ziehen, die Interventionskriege angezettelt haben, fairer Handel mit dem Süden und eine Entwicklungshilfe, die bei den Menschen ankommt. Fehlende soziale Gerechtigkeit bei der Lösung der Flüchtlingsfrage fasst der Spruch zusammen: „Die wirklich teuren Flüchtlinge sind die Steuerflüchtlinge“.

Die Dringlichkeit einer Hilfe vor Ort in Nord Afrika und dem Nahen Osten, wird unterlegt durch eine viel beachtete aktuelle Studie der Hilfsorganisation Oxfam. Danach besitzen die 62 reichsten Menschen der Welt so viel wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung. Die Geschwindigkeit, mit der die Kluft zwischen arm und reich wächst, ist nach Angaben der Hilfsorganisation noch größer als erwartet. Ungleichheit droht Fortschritte bei der Armutsbekämpfung zunichte zu machen. Und treibt Arme dorthin, wo sie sich bessere Lebenschancen versprechen.

### 3. Genossenschaften als Problemlöser

Arno Krause, mit zahlreichen Ehrungen und Auszeichnungen bedachter Saarländer, war ehemals engagiert in der saarländischen ASKO Konsumgenossenschaft. Später wurde er Gründer und Vorstandsvorsitzender der Europäischen Akademie Otzenhausen. Heute ruft er in Erinnerung, dass die rote Fahne der Arbeiterbewegung mit den drei Pfeilen nicht nur den Kampf gegen Faschismus,

Klerikalismus und Kapitalismus meinte, sondern auch die drei Säulen der Bewegung selbst repräsentierte: Gewerkschaft, Genossenschaft und Partei. Gerade die Rolle der Genossenschaft für Basisdemokratie, Beteiligung und als Mutmacher sollte von der Gewerkschaftsbewegung jetzt wieder stärker mitgedacht werden. Ein zentraler Aspekt von Genossenschaften ist, dass sich Leute freiwillig zusammen schließen und so Dinge erreichen, die ein Einzelner nicht schaffen kann.



Ende 2015 diskutierte eine internationale Konferenz in der Türkei, wie Genossenschaften der weltweit steigenden Zahl von Flüchtlingen helfen können. Dazu Simel Esim, Vorsitzender der Abteilung Genossenschaften bei der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) - die ILO ist eine Sonderorganisation der Vereinten Nationen mit Hauptsitz in Genf: Genossenschaften haben Herausragendes geleistet für Flüchtlinge und Aufnahmeländer – in den verschiedenen Phasen ihres Engagements, vom Beginn einer Krise bis zur Integration in das Gastland. Sie sind dabei, wenn es um direkte Hilfe für Flüchtlinge geht; sie stellen elementare Güter und Dienstleistungen zur Verfügung. Genossenschaften können speziell für Flüchtlinge gegründet werden oder diese mögen bereits existierenden Genossenschaften in Wachstumssektoren der Wirtschaft des Aufnahmelandes beitreten.

So ist bekannt, dass Flüchtlingsfrauen finanzielle und landwirtschaftliche Genossenschaften, unterstützt von lokalen und internationalen Hilfsorganisationen, in den jeweiligen Aufnahmeländern gegründet haben. In verschiedenen Aufnahmeländern ergriffen Genossenschaften die Initiative Flüchtlingen zur Seite zu stehen.

...Italienische Sozialgenossenschaften unterstützen 18.000 Flüchtlinge, Asylbewerber und Migranten mit Dienstleistungen und Projekten in 220 Willkommens-Zentren und 170 besonderen Wohneinrichtungen... .

Flüchtlingslager und Dienstleistungen in Flüchtlingslagern können genossenschaftlich organisiert sein – mit Flüchtlingen als Mitglieder und Ent-

scheider. Es ist hilfreich, Flüchtlinge und Bevölkerung des Aufnahmelandes über die Vorteile von Genossenschaften aufzuklären, wenn es um Ertragssteigerung durch Skaleneffekte, Vorzüge von Miteigentum und Verständigung zwischen Flüchtlingsgruppen geht. Agenturen wie der dänische Flüchtlingsrat haben den Aufbau von Produzenten-Genossenschaften in Ländern wie Uganda gefördert. Durch ihre „Purchase for Progress (P4P)“ Initiative hat das U.N. Welternährungsprogramm Grundnahrungsmittel mit Hilfe von Produzenten-Genossenschaften in 20 Ländern beschafft, die als Nahrungsmittelforthilfe für Flüchtlinge verteilt werden... .

Ein anderes Beispiel betrifft 200.000 der nahezu eine Million syrischen Flüchtlinge im Libanon, die sich in der Region um Akkar im Norden des Landes niederließen. Damit verdoppelte sich die Bevölkerungszahl in einer der ärmsten Regionen des Libanon. Hier stellt der Landwirtschaftssektor, der ein Viertel der Menschen beschäftigt, eine Haupteinnahmequelle dar. UNDP (UN Entwicklungsprogramm) und ILO haben Gründung und Ausbau einer Gewächshäuser-Genossenschaft unterstützt, die Saatgut in der Region zu einem erschwinglichen Preis anpflanzt, züchtet und verkauft. Nutznießer der Genossenschaft sind 200 libanesischen Bauern und syrische Flüchtlinge.

(Cooperatives and refugees: How workers' cooperatives can help tackle the refugee crisis, in: [www.ilo.org](http://www.ilo.org), 9.11.2015, Übersetzung ins Deutsche von S.P.).

### 4. Genossenschaften und Flüchtlinge bei uns

Der Genossenschaftsgedanke ist in Deutschland nicht neu. „Nach dem Prinzip der Hilfe zur Selbsthilfe gründeten landlose Bauern und Handwerker Kreditgenossenschaften, die Vorläufer der heutigen Volksbanken. Die Genossenschaft wurde als unternehmerische Rechtsform ins Leben gerufen, um es Handwerkern in prekären Lebenslagen zu ermöglichen, als gemeinsames Unternehmen zu agieren. [...] Nicht anders als den heutigen Flüchtlingen fehlte es diesen Menschen an Landbesitz und Eigentum“ (Mark Hokamp. Lasst Flüchtlinge Genossenschaften gründen!, in: <http://prometheusinstitut.de>, 29.9.2015). Genossenschaftsbanken können einen rechtlich gesicherten Rahmen für Privatpersonen wie staatliche Stellen darstellen, um unbürokratisch zu helfen. Die Idee der Flüchtlingsbank gab es bereits. „Die Vertriebenen-Bank AG, Bonn, die am 12. Mai 1950 mit einem AK von 3 Mill. DM gegründet wurde, stellt in ihrem ersten Geschäftsbericht [...] fest, dass die Größe der Aufgabe, Millionen Heimatvertriebener wirtschaft-



lich in das Bundesgebiet einzugliedern, die Errichtung einer besonderen Kreditanstalt gerechtfertigt habe“ (Vertriebenen-Bank legt Rechnung, in: [www.zeit.de](http://www.zeit.de), 26.7.1951).

Die Situation für das Saarland ist unübersichtlich. Der genossenschaftliche Bankensektor mag punktuell spezielle Angebote für Flüchtlinge und finanziell schwache Haushalte unterbreiten. Aber eine organisierte Kampagne des Sektors, auch eine vom deutschen Genossenschaftsverband begleitete Kampagne, ist nicht ersichtlich. Auch gab es keine Unterstützung für die Initiative zur Deckelung von Wucherzinsen der Partei DIE LINKE Saar 2014/15. Diese Initiative hätte gerade finanziell schwachen Haushalten und Kleinbetrieben Raum zum Atmen verschafft.

Neben der Finanzierung des eigenen Lebens ist Bildung, speziell das Erlernen der deutschen Sprache, wichtig. Um „Sprachprobleme möglichst lebensnah und individuell zugeschnitten lösen zu können, böte eine Bildungsgenossenschaft ideale Voraussetzungen. Freiwillige oder von den Genossenschaften bezahlte Sprachlehrer gehen dann jeweils auf die der Genossenschaft angehörigen Flüchtlinge individuell ein. Gemeinwohlorientierte Bildungsgenossenschaften existieren bereits zum Zwecke der Sprachförderung, wie die Bildungsgenossenschaft Südniedersachsen in Göttingen“ (Mark Hokamp. Lasst Flüchtlinge...).

Die Bildungsgenossenschaft ist ein Zusammenschluss von Einrichtungen des Bildungssektors. Wichtiger Schwerpunkt ist das Thema Integration durch Bildung. „In dem Projekt FairBleib Südniedersachsen arbeiten fünf Institutionen zusammen, um Flüchtlingen den Weg in Ausbildung und Arbeit zu ermöglichen. [...] Ein anderes wichtiges Projekt ist die Koordination der BAMF-Integrationskurse in Göttingen. [...] Seit Februar 2013 ist die Bildungsgenossenschaft Südniedersachsen überdies als IQ-Anerkennungsberatungsstelle in Südniedersachsen dafür zuständig, alle Personen zur Anerkennung im Ausland erworbener Abschlüsse zu beraten und im Anerkennungsprozess zu unterstützen“ (Die Bildungsgenossenschaft Südniedersachsen, in: [www.bildungsgenossenschaft.de](http://www.bildungsgenossenschaft.de), aufgerufen am 28.1.2015).

Wohnungsgenossenschaften, die von jeher nach eigenem Anspruch ihre Mitglieder mit preisgünstigem Wohnraum versorgen, haben verschiedenes versucht, Wohnraum für Flüchtlinge zu schaffen und damit gleichzeitig Integrationsarbeit zu leisten. Einige Beispiele: In Gelsenkirchen vermietet eine Genossenschaft größere Wohnungen an Immigranten mit großen Familien. Jetzt leben in einem Apartmentkomplex vier deutsche Familien und fünf Flüchtlingsfamilien in einer bewusst integrier-

ten Gemeinschaft. Die Initiative dazu kam nicht von „oben“, sondern von einzelnen Mitgliedern aus der Mitte der Genossenschaft, (This German cooperative shows the rest of the world how to welcome Syrian refugees, in: <http://qz.com>, August 25, 2015).

Die Wohnungsgenossenschaft Witten-Mitte stellt Flüchtlingen fünf „Wohnungen zur Verfügung, dringend benötigter Wohnraum für 25 bis 30 Menschen“ (Genossenschaft Witten-Mitte... , in: WAZ - [www.derwesten.de](http://www.derwesten.de), 7.11.2014). Auch in Leipzig helfen Wohnungsgenossenschaften Flüchtlingen, so die Wohnungsgenossenschaft Unitas. „Die Stadt hat in diesen Fällen die Genossenschaftsanteile finanziert, die aufgrund unserer Satzung gezahlt werden müssen“, so (Vorstandsmitglied) Foede. [...] Die Satzung der Unitas schreibe vor, dass die Genossenschaft selber entscheiden müsse, ob ein neuer Hausbewohner ins Quartier passe oder nicht. „Es gibt in Leipzig auch Genossenschaften mit etwas anderen Satzungen, die auch schon Mietverträge direkt mit der Stadt abschließen, wodurch diese dann die Flüchtlinge nach eigenem Ermessen einquartieren kann“, so Foede. (LWB und Wohnungsgenossenschaft quartieren Flüchtlinge ein, in: [www.lvz.de/Leipzig...](http://www.lvz.de/Leipzig...), 19.1.2016)

In Sögel, einer Gemeinde im Emsland, wurde im Herbst 2015 eine Wohnungsbaugenossenschaft gegründet. „Mitglied kann werden, wer mit mindestens 100 Euro Startkapital einsteigt. Nach Angaben... haben engagierte Bürger bereits jetzt einen sechsstelligen Betrag für die Wohnungsbaugenossenschaft angeboten. [...] Mit dem Geld sollen Mehrfamilienhäuser für Flüchtlinge und Menschen in Not gebaut werden“ (Genossenschaft plant Häuser für Flüchtlinge, in: [www.ndr.de](http://www.ndr.de), 9.9.2015). Die Genossenschaft genießt die Unterstützung von Vertretern aus Politik, Wirtschaft und Kirchen.

In den letzten zehn Jahren wurden in verschiedenen deutschen Städten Stadtteilgenossenschaften gegründet. Dabei geht es um wirtschaftliche, soziale, kulturelle und städtebauliche Selbsthilfe. Oft sind es Viertel mit kleinteiligen Strukturen, Milieus, die durch sozial benachteiligte und auch multikulturelle Bevölkerungsgruppen geprägt sind – Orte, die Lebendigkeit und Aufenthaltsqualität versprechen, aber bedroht sind von Verdrängungsprozessen (Gentrifizierung) oder Abwanderung.

Die innova eG, eine Entwicklungspartnerschaft für Selbsthilfegenossenschaften, wurde 2001 in Leipzig gegründet. Sie unterstützt „bundesweit gründungswillige Teams bei der Gründung und dem Aufbau von Selbsthilfegenossenschaften in ihrem jeweiligen lokalen Umfeld. [...] Die innova eG wirbt bei Politikern und Mitarbeitern öffentlicher Einrichtungen und Institutionen für eine bessere

Wahrnehmung und Einbeziehung von genossenschaftlichen Selbsthilfeprojekten“ (innova – die Genossenschaft, in: [www.innova-eg.de/ueber-uns...](http://www.innova-eg.de/ueber-uns...)). Innova eG hat als externer Organisationsberater bei der Entwicklung von Stadtteilgenossenschaften mitgewirkt (siehe Interview).

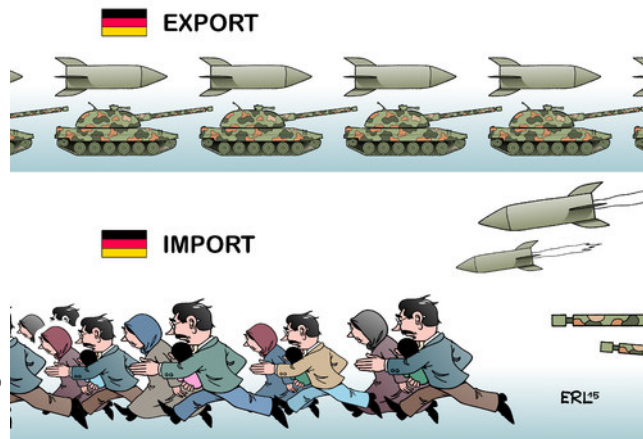


Abbildung: waffenexport@bp.blogspot.com

## Telefoninterview mit Burghard Flieger, Freiburg

Dr. Burghard Flieger ist einer der renommiertesten Genossenschaftspraktiker und -theoretiker Deutschlands. Seit über 35 Jahren beschäftigt er sich mit Themen der alternativen und solidarischen Ökonomie, der kollektiven Selbstverwaltung, der Mitarbeiterbeteiligung und dem Genossenschaftswesen. Er hat zahlreiche einschlägige Aufsätze und Bücher veröffentlicht. Er war verantwortlicher Redakteur für die Zeitschriften „Das Neue Unternehmen“ und „Contraste“. Er arbeitete im Institut für ökologische Wirtschaftsforschung Berlin, dem Klaus-Novy-Institut Köln, und hatte Vorstands- und Aufsichtsratspositionen bei der Wohnungsbaugenossenschaft „Gebau Süd“ und der „Oekobank eG“, sowie der daraus hervorgegangenen „OekoGeno eG“. Im Theoriearbeitskreis Alternative Ökonomie, im Bundesverein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens e.V. und im Netz für Selbstverwaltung und Selbstorganisation war er über Jahrzehnte ehrenamtlich engagiert (Wikipedia).

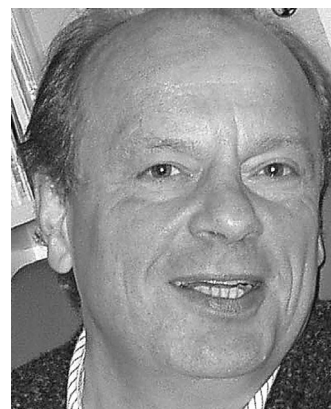


Foto: Burghard Flieger @SIE/Badische Zeitung

Dr. Flieger ist Vorstandsmitglied und wissenschaftlicher Leiter der innova eG Entwicklungspartnerschaft für Selbsthilfegenossenschaften. Er ist Redakteur der Zeitschrift „Contraste“ für den Bereich der Genossenschaften.

Das Interview führte der Autor des Newsletters Stephan Peter (S.P.) im Februar 2016.

**S.P.: Stadtteilgenossenschaften, die sich um sozial Benachteiligte, auch um Migranten und Flüchtlinge kümmern, spielten bisher im deutschen Genossenschaftswesen keine große Rolle. Tut sich da was heute?**

**B.F.:** Kein einfaches Thema. Was man unter Stadtteilgenossenschaften versteht, ist relativ kompliziert. Zählt man nur diejenigen, die sich explizit als Stadtteilgenossenschaften bezeichnen, gibt es um die zehn in Deutschland. Darüber hinaus gibt es Initiativen, die in ihrem eigenen Viertel aktiv sind und dort eine eigene Unterstützungsstruktur für sozial Benachteiligte entwickeln. Das kann der Versuch sein, eine Kneipe aufzumachen oder ein Kulturzentrum aufzubauen – und wenn man das so weiter fasst, sind das vielleicht 20, 30, oder 40 Ansätze.

**S.P.: Reden wir jetzt über Ansätze mit genossenschaftlicher Rechtsform oder Ansätze mit gemeinschaftlichen Idealen?**

**B.F.:** Nein, wir reden schon über die Genossenschaft. Eine der stabilen Genossenschaften ist beispielsweise die Stadtteilgenossenschaft Gaarden eG in Kiel. Die nennen sich auch „Mehr-Generationen-Haus/Vinetazentrum“. Sie sind dort in einem Stadtteil mit wirtschaftlich benachteiligten Bevölkerungsgruppen und bieten Sozialberatung bei Arbeitslosigkeit, Erziehungsberatung; gerade auch Beratung für Migranten, für Frauen - Migrantinnen - steht im Zentrum der Beratungstätigkeit.

Es gibt eine ganz neue Gründung, die Sozialgenossenschaft ‚Bellevue di Monaco‘ in München. Es ist ein Bündnis aus Flüchtlingsunterstützern, das jetzt für einen Gebäudekomplex den Zuschlag bekommen hat. Es geht dort darum, einen Ort für Alle zu schaffen, in dem explizit Themen wie Flucht, Integration, Einwanderung, Identität eine wichtige Rolle spielen.

**S.P.: Ziele echter Genossenschaften sind nicht „von oben“ verordnet, sondern entstehen „von unten“, aus dem herrschaftsfreien Dialog der Beteiligten. Gerade sozial benachteiligte Gruppen haben sich historisch dieser Form der gemeinschaftlichen Selbsthilfe und Chancengleichheit bedient. Bei welchen Genossenschaften, welchen Arten von Genossenschaften, zeigt sich ein besonderes Engagement für verschiedene sozial benachteiligte Gruppen - Einheimische und Flüchtlinge? Wo schaut man da hin?**

**B.F.:** Auf die Wohnungsbaugenossenschaften. Mindestens ein Zehntel von den 2.000 haben ja eine Geschichte, die von der Flüchtlingsproblematik herkommt. Sei es aus dem ersten oder zweiten Weltkrieg. Damals gab es ja einen riesigen Bedarf bei der Wohnversorgung. Und daraufhin wurden immer wieder Wohnungsgenossenschaften von und für Flüchtlinge gegründet. Von daher gibt es dort eine sehr lange Tradition, sich in dem Bereich zu engagieren. Auch heute gibt es Bemühungen, Bürgergenossenschaften zu gründen, die Unterkünfte für Flüchtlinge bauen.

**S.P.: Siehst Du urbanes Gärtnern in Form der Gemeinschaftsgärten als ein Beispiel der solidarischen Ökonomie, welche die Integration von Flüchtlingen voran bringen kann? Viele Flüchtlinge kommen ja aus Ländern, in denen Landwirtschaft wichtig ist.**

**B.F.:** Gemeinschaftsgärtnern ist ja momentan ein relativer Mainstream, der an Bedeutung wächst. Er ist sehr stark subsistenz-wirtschaftlich ausgerichtet. Sprich, auf Eigenversorgung beschränkt und auf einem Niveau, wo wenig Tausch- oder Ertragsvorgänge stattfinden. Solche Ansätze erinnern uns an die Urform der Genossenschaft; wo versucht wird Dinge ohne Steuer und Belastung, ohne Kosten sozusagen, in Eigeninitiative zu organisieren. Diese Herangehensweise findet sich in dem rechtlichen Raum der eingetragenen Genossenschaft so gut wie nicht.

**S.P.: Bei welcher Art von Genossenschaft spielt heute die Musik? Wo erneuert sich gerade die alte Tradition der Genossenschaft?**

**B.F.:** Bürgerenergie-Genossenschaften sind der Bereich, in dem ein richtiger Boom stattgefunden hat. Mit den tausend Gründungen haben wir zwischendurch eine Bewegung gehabt, die von der Dimension und der Intensität an die Genossenschafts-Gründungsbewegung der Weimarer Republik erinnert. Ein Bürgerengagement trat zu Tage, welches Einsatz für die Energiewende und wirtschaftliche Fundierung zusammen gebracht hat und es in der Bundesrepublik in diesem Ausmaß bisher nicht gab.

**S.P.: Genossenschaften in der Tradition des Sozialisten Ferdinand Lassalle waren früher eine der Säulen der Arbeiterbewegung. Wie siehst Du das Verhältnis Gewerkschaften – Genossenschaften im Jahre 2016?**

**B.F.:** Gewerkschaften in Deutschland haben sich oft dort konzentriert, wo sie hofften, die größten Mehrheiten zu organisieren. Insofern richtete sich ihr Augenmerk auf die großen Industrie- und Dienstleistungsbereiche, in denen viele Beschäftigte tätig sind. In neuen Bereichen, wo der Genossenschaftsgedanke heute eine besonders intensive Rolle spielt, wo man oft neue Strukturen findet, die sogar die alten bedrohen – da stehen die Gewerkschaften zu 90 Prozent auf der anderen Seite. So wurden im Bereich der erneuerbaren Energien tatsächlich sehr viele Arbeitsplätze geschaffen. Aber die Gewerkschaften sind eher auf der Seite von RWE, EnBW, und Vattenfall, weil dort viele Arbeitsplätze in Gefahr sind. Andererseits, gerade dort wo eine große Anzahl Freelancer arbeiten, im IT-Bereich, im Journalismus Bereich, wäre eine gewerkschaftliche Unterstützung für eine genossenschaftliche Organisation dieser Einzelkämpfer der Freelancer eine sehr große Hilfe.

**S.P.: Der spanische Genossenschaftsverband Mondragon und die U.S.-amerikanische Stahlarbeitergewerkschaft USW haben das Model der ‚Gewerkschafts-Genossenschaft‘ (union-coop model) entwickelt. Es verknüpft Genossenschaften mit Tarifverträgen und Gewerkschaften. Siehst Du Ansätze, dass sich deutsche Genossenschaften in ähnlicher Weise vernetzen?**

**B.F.:** Es gab ja diese Drei-Säulen-Bewegung. Gerade bei den Konsumgenossenschaften, die bis zum Ende der Weimarer Republik eine Massenbewegung waren, bestanden sehr enge Verbindungen zu den Gewerkschaften. Es gab dort entsprechende Tarifverträge und die Beschäftigten waren

erheblich besser gestellt als sonst im Einzelhandel. Man versuchte nach dem zweiten Weltkrieg, dies wieder aufleben zu lassen, aber eine negative Rolle der Gewerkschaften half mit, das Ganze an die Wand zu fahren.

Aktuell gibt es gerade eine empirische Untersuchung, wo die Gewerkschaften das Mitbestimmungspotential in Genossenschaften untersuchen lassen. Und zwar in den großen wie Sparda Bank, Edeka, und Volks- und Raiffeisen-Banken. Da ist noch viel Handlungsbedarf. Studien zu Stadtteilgenossenschaften oder Freelancer-Ansätzen mit den Problemen wie Scheinselbstständigkeit etc., wären ebenfalls ein wichtiger Ansatzpunkt.

## 5. Papst lobt Genossenschaften

Anfang 2015 empfing Papst Franziskus rund 7.000 Mitglieder der italienischen Genossenschafts-Vereinigung. Die Genossenschaften sollen niemals an den „Gott Geld“ glauben, so seine Botschaft. „Die Solidarität der Genossenschaften müsse „an die Peripherien der Gesellschaft gehen“, so der Papst, wo nämlich die Hoffnung durch verschiedene Gefahren zu ersticken droht“ (Papst: Genossenschaften sollen nicht an Geld-Gott glauben, in: <http://de.radiovaticana.va/news/2015/02/28>). Genossenschaften müssten „der Motor der Gesellschaft“ sein, wenn es um Hilfe für die Schwächsten der Gesellschaft geht. Zum Beispiel hätten katholische Genossenschaften sogenannte „Workers buy out“ für in Schieflage geratene Kleinunternehmen propagiert und durchgesetzt; Initiativen also, die diese Firmen durch Belegschaftsübernahmen retten. Letztlich sei das Ziel die Verteidigung der Menschenwürde (Ibid).

Der Papst entwirft ein Bild von der Aufgabe der Genossenschaft, die durch vier Aspekte gekennzeichnet ist. Erstens, alle die sozial schwach sind, das schließt Einheimische wie Flüchtlinge ein, verdienen Solidarität. Zweitens, die Betroffenen selbst übernehmen eine wichtige Rolle auf dem Weg zu einer „Wirtschaft des Gebens“. Drittens, die existierende kapitalistische Wirtschaft mit ihrer „negativen“ und „Wegwerf-Kultur“ ist das eigentliche Problem. Viertens, die unterschiedlichen Menschen, die in einer Genossenschaft zusammenkommen, sozusagen „bunt statt braun“, sind ein „wunderbarer Reichtum“ (Ibid).

Geld zu verdienen als vorrangiges Ziel einer Genossenschaft, dem redet der Papst nicht das Wort. Genau dieser Eindruck aber drängt sich auf beim Treffen der saarländischen Ministerpräsidentin Kramp-Karrenbauer mit Vertretern saarländischer Genossenschaften – Volksbanken wie Wohnungsgenossenschaften - im Herbst 2015. Thema war die genossenschaftliche Unterstützung beim Flüchtlingszustrom. Der Präsident des deutschen Genossenschaftsverbandes „lobte das aktuelle In-

itiativprogramm der [CDU-SPD] Landesregierung, die mit der Anmietung von Wohnungen eine gute Möglichkeit zur Unterbringung von Flüchtlingen gefunden habe. „Je nachdem wie der Flüchtlingszustrom fortschreitet, müssen das Programm und die bereitgestellten Mittel angepasst werden“ (im Dialog mit der saarländischen Ministerpräsidentin Kramp-Karrenbauer, in: [www.genossenschaftsverband.de](http://www.genossenschaftsverband.de), 1.10.2015). In diesem Rahmen hätten sich Wohnungsgenossenschaften im Saarland bereits engagiert und Flüchtlinge aufgenommen (Ibid). Flüchtlingshilfe als gutes Geschäft?

Ein weiteres Problem ist das Demokratiedefizit bei Großgenossenschaften. „Am krassesten lässt sich das an den meisten Volksbanken zeigen: Die haben Vertreterversammlungen, die den Aufsichtsrat bestimmen, der wiederum den Vorstand kontrollieren soll. Die Vertreter werden aber über eine Liste gewählt, die sich fast immer aus Leuten mit besonders guten Kontakten zu Vorstand und Aufsichtsrat zusammensetzt. Und die Aufsichtsräte werden in Absprache mit den Vorständen ausgewählt. So suchen sich die Manager ihre eigenen Kontrolleure aus“ (Berater über Großgenossenschaften: das ist nicht wie bei der taz, in: [www.taz.de](http://www.taz.de), aufgerufen am 4.2.2016). Gesellschaftliches Engagement von Großgenossenschaften in der Flüchtlingsfrage ist begrüßenswert. Da mögen sie besser sein als herkömmliche kapitalistische Unternehmen. Aber bei der vom Papst angemahnten Suche nach kreativen „Formen, Methoden und Instrumenten“ von Solidarität ist Luft nach oben.

## 6. Zukunftswerkstatt Saar e.V.

Ein basisdemokratisches und genossenschaftliches Projekt der Bürgerbeteiligung, Bildung, und Integration verfolgt der gemeinnützige Verein Zukunftswerkstatt Saar in Dillingen. „Es geht um ein integratives Pflanzprojekt, das als Gemeinschafts- und Bildungsgarten mit umfassenden Begleitprogramm angelegt ist“ (Konzeptvorstellung „integratives Gartenprojekt Dillingen“, 20.1.2016). In vier sich zeitlich durchdringenden



Schritten wird das Projekt entwickelt: Ermittlung und Auswertung der Grunddaten der Dillinger Statistik, die Einübungsparzelle Kleingärtnerverein Dillingen Nord, Essbarer Wildpflanzenpark Dillingen, und Aufbau der ersten „Essbaren Stadt“ im Saarland: Dillingen.

Ziel ist die selbstständige Mitarbeit von Alt und Jung, Menschen mit und ohne Migrationshintergrund, Flüchtlinge (insbesondere Jugendliche und Frauen), der Vernetzung unterschiedlicher aber interessierter Schulen, Vereine... , und natürlich der Stadt Dillingen mit ihrem Citymarketing... . Die Gemeinschaft der teilnehmenden Bevölkerungsgruppen soll durch eine Gartengenossenschaft gewährleistet werden (Kurzbeschreibung des Projekts). Nach monatelangen Vorbereitungen, Gesprächen, Begehungen, der Unterstützung des Projekts durch Bürgermeister Berg, befindet sich die Zukunftswerkstatt jetzt in der Umsetzungsphase.



## 7. „Trump und Petry: Nackte Kanonen“ (J.Augstein)

Die eingangs zitierte Helen Patton setzt sich in Saarbrücken und Europa für Völkerverständigung, soziale Projekte, und die Erinnerung an die Befreiung Deutschlands auch durch Amerikaner ein. Ein Kontrapunkt zur Zunahme hetzerischer, rassistischer, hasserfüllter Beiträge gegen Migranten und Flüchtlinge in sozialen Netzwerken und dem Anstieg rechtsextremer Straftaten im Saarland („Deutlich mehr politische Delikte im Saarland. Vor allem rechtsextreme Straftaten“, in : Saarbrücker Zeitung, A 1, 3.2.2016).

In Deutschland ist die AfD mit Parteichefin Frauke Petry zeitweise drittstärkste Kraft, Donald Trump will Präsident der USA werden. Die platten Gewaltparolen der Beiden ähneln sich. „Ich würde ihnen die Scheiße aus dem Leib bomben. Ich würde sie einfach wegbomben, die Penner, ganz genau, ich würde die Rohre sprengen, ich würde die Raffinerien sprengen, ich würde jeden Zentimeter sprengen, es würde nichts übrigbleiben“, meint Trump zu ISIS. (Jakob Augstein. Trump und Petry: Nackte Kanonen, in: www.spiegel.de, 1.2.2016). „[Der Grenzer] muss den illegalen Grenzübertritt verhindern, notfalls auch von der Schusswaffe Gebrauch machen“, sekundiert Frauke (Ibid).

Hier wie dort geht es um eine breitere rassistische Bewegung. Die völkische Pegida wendet sich nicht nur gegen Flüchtlinge, sondern auch Rechte für Schwule und Lesben, Frauenrechte, gegen Weltoffenheit und ein soziales Europa. Fast 200 Todesopfer durch rechte Gewalt seit dem Wendejahr 1990.

In USA erinnern Angriffe von weißen Polizisten auf unbewaffnete Schwarze, die Ermordung schwarzer Kirchgänger, Donald Trump's Kommentare gegen mexikanische Immigranten und amerikanische Muslime an das rassistische Vermächtnis des Landes.

Neben internationalen gibt es auch einige historische Parallelen. Vor dem Eintritt der USA in den zweiten Weltkrieg wuchs dort eine stark nationale bis isolationistische, auch arische und anti-jüdische Bewegung. Einer ihrer Sprecher war der Flieger Charles Lindbergh aus Minnesota. Präsident Franklin D. Roosevelt sagte über ihn: „Ich bin absolut davon überzeugt, Lindbergh ist ein Nazi“ ([https://en.wikipedia.org/wiki/Charles\\_Lindbergh](https://en.wikipedia.org/wiki/Charles_Lindbergh)). Fest steht, Lindbergh nahm 1938 in Berlin eine Medaille in Empfang, die ihm persönlich von Hermann Göring im Namen Hitler's übergeben wurde - und lehnte selbst nach der Reichskristallnacht eine Rückgabe ab.

Ein Vertreter des amerikanischen Rassismus Mitte des 20. Jahrhunderts war auch Fred Trump, Vater des Rechtspopulisten und Präsidentschaftskandidaten Donald Trump. Für zwei Jahre wohnte der legendäre Folk-Singer Woody Guthrie Anfang der 1950er Jahre in einem der heruntergekommenen Apartmentkomplexe des Immobilienhaies Fred Trump in Brooklyn. Fred Trump vermietete nicht an Schwarze. Woody Guthrie dagegen komponierte den Bestseller „This Land is Your Land“, eine Hymne auf die Gleichheit. Guthrie's Erfahrung während seiner Zeit in Trump's Apartment war Auslöser für bisher unbekanntes gesellschaftskritische Texte, die auch Fred Trump namentlich erwähnen – siehe Gedicht im Vorspann. Erst jetzt, 2015/16, wurden die Texte aus jener Zeit entdeckt und öffentlich gemacht. Sie erhalten Relevanz vor dem Hintergrund einer Aussage Donald Trump's vom letzten Jahr: „Mein Vermächtnis hat seine Wurzeln im Vermächtnis meines Vaters“. (Woody Guthrie, „Old Man Trump“ and a real estate empire's racist foundations, in: [www.theconversation.com](http://www.theconversation.com), 21.1.2016)

Letztlich hat damals die liberale Demokratie gesiegt. Roosevelt schuf mit seinem „New Deal“ den modernen Sozialstaat, Nazis zu Hause und in Übersee wurden geschlagen. Nach der Befreiung des Saarlandes durch Patton und der Aufhebung des Versammlungsverbots durch die Alliierten wurden freie Gewerkschaften und Genossenschaftsverbände in Deutschland wieder zugelassen. Heute sind die USA beträchtlich multikultureller als damals und das Trauma des Holocaust macht es dem Faschismus schwierig, über die Ränder der Gesellschaft hinaus Gehör zu finden. Dennoch machen Jahrzehnte steigender Ungleichheit und neoliberaler Austeritätspolitik, daraus resultierende soziale

Marginalisierung und Ohnmacht, eine steigende Zahl von Amerikanern und Europäern empfänglich für rassistische Aufrufe a la Trump und Petry.

## 8. Generation Left

Heute inspiriert die Kampagne des selbst-erklärten Sozialisten und U.S. Präsidentschaftskandidaten Bernie Sanders gerade junge Amerikaner – für eine politische Revolution, für Gerechtigkeit in Politik und Wirtschaft. Man nennt sie, „Generation Left“, die linke Generation.

Zunächst waren es nur isolierte Meldungen:

- über 80 Prozent der Jungwähler bei den Demokraten votieren für Sanders bei den ersten Vorwahlen in Iowa, New Hampshire, und Nevada,
- Sanders hat die größte Anzahl von Spendern für einen Präsidentschaftskandidaten in der Geschichte der USA, mit einer durchschnittlichen Spendenhöhe von nur 27 Dollar (Daten von 2/2016),
- die größte sozialistische Gruppierung der USA, die Demokratischen Sozialisten von Amerika, gewinnen in kurzer Zeit hunderte neuer Mitglieder und bilden neue Ortsvereine in Gegenden, in denen solche Aktivitäten jahrzehntelang unbekannt waren,
- die zentrale Webseite der Demokratischen Sozialisten erhält 1.881 Seitenabrufe zwischen 1. und 10. Februar 2015; in den selben 10 Tagen 2016 sind es 100.146 Seitenabrufe – eine Steigerung von 1.440 Prozent,
- eine Studie des renommierten PEW-Forschungsinstituts von 2014 findet Beachtung: „Für jeden Zweiten der 18- bis 29-Jährigen (49 Prozent) hat gar der Begriff Sozialismus einen positiven Klang, während nur 46 Prozent von ihnen den Begriff Kapitalismus mögen. Zum Vergleich: Bei den Rentnern sind es nur 13 Prozent, die den Sozialismus mögen, aber 52 Prozent, für die sich mit Kapitalismus Positives verbindet“,
- die US-Jugend ist multi- ethnischer denn je; bereits seit 2011 ist über die Hälfte der Neugeborenen nicht-weiß,
- „die 18- bis 34-Jährigen sind mittlerweile die zahlenmäßig stärkste Wählergruppe in den USA, sie haben die Baby-Boomer-Generation der heute 45- bis 65-Jährigen längst überholt. Und so könnten sie die Wahl insgesamt entscheiden“ (Bernie Sanders. Popstar der Millennials, in: [www.zeit.de](http://www.zeit.de), 29.1.2016),
- in Deutschland und Europa bilden sich pro-Sanders Unterstützerklubs, wie [facebook.com/GermansforBernieSanders](https://facebook.com/GermansforBernieSanders), [germany4bernie.org](https://germany4bernie.org), [facebook.com/Paris4Bernie](https://facebook.com/Paris4Bernie), oder [www.londonforbernie.org](http://www.londonforbernie.org), (Die neuen Amerikaner sind links und pazifistisch, in: [www.welt.de](http://www.welt.de), 19.3.2014)

Der kalifornische Aktivist, Politiker, und Autor Tom Hayden beschreibt die „Bernie generation“ als Träger einer progressiven politische Zukunft; eine Generation, die mit Arbeiterinitiativen zur Erhöhung des Mindestlohns auf 15 Dollar die Stunde,

der neuen Bewegung eines zivilen Ungehorsams „Black Lives Matter“, der Migrantenbewegung „the Dreamers“, und den Klimaschutz-Gruppen „350.org“ verbunden ist und aus der „occupy“ Bewegung hervorging (Tom Hayden. There is no doubt that the Bernie Generation is our political future, in: <https://portside.org>, 28.1.2016). Dabei ist letztlich die entscheidende Frage nicht, wie gut der „Deal“ ist, den Bernie mit Jemand wie Hillary Clinton eingehen mag, sondern was sich vor und nach den Wahlen, was eine unabhängige linke Kraft betrifft, aufbauen lässt. Hier zeigen ähnliche Anstrengungen der Vergangenheit, dass Sander's Kampagne und Generation Left nicht die Kraft besitzen werden, eine basisdemokratische, sozialistische Partei links der Demokraten aufzubauen. Aber sie besitzen die Kraft, einen öffentlichen Raum zu schaffen, um darüber zu reden. Die berühmte Frage des deutschen Soziologen Werner Sombart von 1906 „warum gibt es keinen Sozialismus in den USA?“ ist nunmehr obsolet. Heute gibt es Sozialisten in den Vereinigten Staaten von Amerika - in Millionenstärke.

Es ist dieser weitere internationale und geschichtliche Kontext, diese politische Gemengelage, in die der heutige Kampf um Respekt, Gerechtigkeit, Integration eingebettet ist, und die deutsche Genossenschaftsbewegung ihre Rolle finden muss.

## 9. Bürgerjournalismus

Langfristig besteht die Hoffnung, dass Flüchtlinge, die zu Bürgern werden, die Kultur der Organisationen, die sich für sozial Schwächere einsetzen, positiv verändern. Gelungene Integration sind dann gemeinsame Projekte von Migranten und einheimischen benachteiligten und marginalisierten Gruppen, welche diesen eine Stimme geben, sie verbinden, und so Einfluss auf den Zeitgeist nehmen.

Ein bereits existierendes Beispiel ist der „Daily Planet“, eine online Publikation aus Minneapolis/ St. Paul, Minnesota. Es ist ein seit Jahren erfolgreiches Experiment des partizipativen oder Bürger-Journalismus. Eine Auszeichnung, welche die Publikation erhielt, beschreibt deren große Reichweite und Tiefe wie folgt: Die Publikation „verbindet an multiplen Fronten: das Engagement von Lesern, Augenmerk auf das, was unten läuft, Betonung lokaler Sichtweisen, und eine starke Verpflichtung gegenüber den vielfältigen Stimmen, die vor Ort aktiv sind“ (About the Twin Cities Daily Planet, in: [www.tcdailyplanet.net](http://www.tcdailyplanet.net), aufgerufen 2/2016). Ein solcher Ansatz ist instruktiv, um die bleierne Medienlandschaft des Saarlandes durch erfrischendes neues Denken, respektvollen Dialog statt Hass und Hetze, und aktives Bürgerengagement zugunsten des Gemeinwohls aufzubrechen.

## Links zu weiteren Informationen:

<http://www.contraste.org>



Bürgerjournalismus: <http://www.tcdailyplanet.net>

Interview mit Bernhard Flieger: <http://www.badische-zeitung.de/wirtschaft-3/unterschaetztes-solidaritaetsprinzip-81690149.html>

Genossenschaften im Saarland: <http://www.genossenschaften.de/saarland>

### Werkstatt Wirtschaftsdemokratie

Die Werkstatt Wirtschaftsdemokratie der Fraktion Die Linke im saarländischen Landtag ist ein Prozess – eine Einladung, an der Diskussion um Herausforderungen und Chancen von mehr Wirtschaftsdemokratie im Saarland mitzuwirken. Wissenschaftlicher Projektleiter ist Dr. Stephan Peter, Politikwissenschaftler und Soziologe. Er unterstützt die Fraktion bei inhaltlichen Fragen und betreut das saarländische Netzwerk Werkstatt Wirtschaftsdemokratie durch die Organisation von Treffen und Veranstaltungen. Er ist Autor von Studien und anderen Publikationen, und bietet Vorträge und Video-clips zum Thema Wirtschaftsdemokratie an. Im Rahmen seiner Tätigkeit arbeitet er mit diversen an der Demokratisierung der Wirtschaft interessierten Kooperationspartnern zusammen.

[http://www.linksfraktion-saarland.de/fraktion/werkstatt\\_wirtschaftsdemokratie/](http://www.linksfraktion-saarland.de/fraktion/werkstatt_wirtschaftsdemokratie/)



Abbildung: Collage @taz\_ N1-Fluechtlinge-Armin-Weigel

## **Themenübersicht der Newsletter „Wirtschaftsdemokratie“**

### **1/2013: Zum Kooperationsvertrag zwischen den U.S. Stahlarbeitern und Mondragon**

erschienen November 2013

<http://www.saar.rosalux.de/publication/40015/newsletter-wirtschaftsdemokratie-1.html>

### **2/2014: Der schwedische Meidner-Plan von 1976 und linke Wirtschaftspolitik heute**

vom Februar 2014

[http://www.saar.rosalux.de/fileadmin/ls\\_saar/media/newsletter\\_WD2\\_2014.pdf](http://www.saar.rosalux.de/fileadmin/ls_saar/media/newsletter_WD2_2014.pdf)

### **3/2014: Prostitution und Genossenschaften**

vom April 2014

[http://www.saar.rosalux.de/fileadmin/ls\\_saar/media/newsletter\\_WD3\\_2014.pdf](http://www.saar.rosalux.de/fileadmin/ls_saar/media/newsletter_WD3_2014.pdf)

### **4/2014: Gärtnern und die Welt verändern. eine andere Welt ist pflanzbar**

vom Juni 2014

[http://www.saar.rosalux.de/fileadmin/ls\\_saar/media/newsletter\\_WD4\\_2014.pdf](http://www.saar.rosalux.de/fileadmin/ls_saar/media/newsletter_WD4_2014.pdf)

### **5/2014: Von der Mitbestimmung zur Wirtschaftsdemokratie**

**Das Verhältnis zwischen Gewerkschaften und Genossenschaften neu denken: Impulse aus USA**

**Reader zum Besuch von John Clay im Saarland, 2. - 6. Juni 2014**

vom Juli 2014

[http://www.saar.rosalux.de/fileadmin/ls\\_saar/media/newsletter\\_WD5\\_2014.pdf](http://www.saar.rosalux.de/fileadmin/ls_saar/media/newsletter_WD5_2014.pdf)

### **6/2015: Autogestion: Selbstverwaltung in Frankreich**

vom Februar 2015

[http://www.saar.rosalux.de/fileadmin/ls\\_saar/media/Newsletter\\_WD6\\_2015.pdf](http://www.saar.rosalux.de/fileadmin/ls_saar/media/Newsletter_WD6_2015.pdf)

### **7/2015: Israel, Kibbutz & Moshav und das linke Projekt**

vom September 2015

[http://www.saar.rosalux.de/fileadmin/ls\\_saar/Newsletter\\_WD7\\_2015.pdf](http://www.saar.rosalux.de/fileadmin/ls_saar/Newsletter_WD7_2015.pdf)

## **weitere Publikationen:**

### **Neue Wirtschaftsdemokratie im Saarland? Eine aktuelle Bestandsaufnahme**

vom Dezember 2011

[http://www.saar.rosalux.de/fileadmin/ls\\_saar/image/Studie\\_web.pdf](http://www.saar.rosalux.de/fileadmin/ls_saar/image/Studie_web.pdf)

### **Eine andere Wirtschaftsweise ist möglich.** Zweite Auflage, Studie zur Wirtschaftsdemokratie

vom Dezember 2012

[http://www.saar.rosalux.de/fileadmin/ls\\_saar/pdf/Studie\\_Auflage2\\_2012\\_web.pdf](http://www.saar.rosalux.de/fileadmin/ls_saar/pdf/Studie_Auflage2_2012_web.pdf)

### **Mischfrucht - Alternative in der Landwirtschaft?**

vom Juni 2013

[http://www.saar.rosalux.de/fileadmin/ls\\_saar/pdf/Reader\\_Mischfrucht\\_2013\\_web.pdf](http://www.saar.rosalux.de/fileadmin/ls_saar/pdf/Reader_Mischfrucht_2013_web.pdf)

### **Küchentischhandbuch zu Wirtschaftsdemokratie**

vom August 2013

[http://www.saar.rosalux.de/fileadmin/ls\\_saar/pdf/Kuechentischhandbuch\\_web.pdf](http://www.saar.rosalux.de/fileadmin/ls_saar/pdf/Kuechentischhandbuch_web.pdf)

## **Herausgeber:**

Peter Imandt Gesellschaft / Rosa Luxemburg Stiftung (Gisela Ruge) in Kooperation mit Fraktion die LINKE im Landtag des Saarlandes, Werkstatt Wirtschaftsdemokratie (Dr. Stephan Peter)